

CROSSING BORDERS

bewegungen und kämpfe der migration



"Welche Krise?" war die Reaktion eines Aktivisten aus Mali, als er unlängst gebeten wurde, was zum ökonomischen Crash zu sagen: "wir leben in einer permanenten Krise!". Und natürlich hat er Recht im Hinblick auf die Situation im globalen Süden. Nichtsdestotrotz haben die letzten 9 Monate in besonderer Weise die Lebensbedingungen von Millionen von MigrantInnen verändert, und nicht allein im europäischen Raum. Migration und Arbeit in Zeiten der Krise ist daher der Faden, dem wir folgen, um die materiellen Folgen der Rezession in verschiedenen Sektoren zu beschreiben, aber auch Erfahrungen von Widerstand und Verweigerung. Die sozialpolitische Organisation migrantischer Arbeit bleibt in unseren Augen die entscheidende Frage. Deshalb planen wir - als Frassainito-Netzwerk -

eine Veranstaltungsreihe in verschiedenen Städten Europas für Ende 2009. Damit zielen wir auf mehr Austausch und transnationale Kommunikation über Praktiken der Selbstorganisation und gewerkschaftlicher Kampagnen im Feld migrantischer Arbeit. Wer daran interessiert ist oder sich an Vorbereitungen beteiligen möchte, kann uns kontaktieren. Und bitte helft den Newsletter zu verbreiten, elektronisch wie auch gedruckt. Kontakt: frassainfo@kein.org

Webseite: www.noborder.org/crossing_borders

Du redest über Krise?

transnationaler Newsletter, 7te Ausgabe, Juli 2009

Europa ist in der Krise. Europa steht damit nicht allein, denn wohin man auch schaut, ob in die USA, auf den afrikanischen Kontinent, oder nach Asien (siehe S.6), die Krise hat alle Regionen erfasst. Die unmittelbaren Auswirkungen sind unverkennbar: drastischer Produktionsrückgang, Entlassungen, Arbeitslosigkeit. Millionen Frauen und Männer auf der ganzen Welt zahlen für die Krise und sind von Angst erfasst. Schaut mensch sich das Ganze genauer an und versucht, über die Versprechungen einer schnellen ökonomischen Erholung hinauszugehen, kommen die langfristigen Folgen in den Blick. Diese beschleunigen und stabilisieren die seit langem stattfindende Transformation der Arbeitsverhältnisse.

In den letzten Jahren haben wir migrantische Arbeit als paradigmatisch für Prozesse der Präkarisierung moderner Arbeit betrachtet (s. z.B. CB No. 3). Davon ausgehend wollen wir versuchen, die Position und Rolle migrantischer Arbeit in der Krise zu bestimmen. Wir wollen danach fragen, ob das Konzept „migrantische Arbeit“ nützlich ist, um die gegenwärtige Mobilisierung von Arbeitskraft zu verstehen. Um Arbeitsmärkte trocken-zulegen, werden überall Formen institutionellen Rassismus' sowie Strategien der Illegalisierung und Kriminalisierung eingesetzt. Diese Praktiken erzeugen zunehmende Spannungen zwischen den verschiedenen Segmenten der Arbeiterschaft. MigrantInnen sind zudem permanent von Ausweisung bedroht. Das Bild der „Cleanex (Wegwerf)-ArbeiterInnen“ war nie so erfolgreich wie heute. MigrantInnen sind die ersten, die entlassen werden und damit ihren Arbeitsplatz verlieren. Wo Arbeitsplatzverlust gleichbedeutend ist mit dem Verlust der Aufenthaltsgenehmigung, garantieren Abschiebezentren den Ausschluss innerhalb Europas noch bevor die eigentliche Abschiebung stattfindet. Doch gerade in diesem Raum – zwischen Abschiebedrohung und tatsächlicher Ausweisung – stehen sich institutionelle Praktiken der Hierarchisierung und Ausbeutung sowie subjektive Strategien der Krisenbewältigung von MigrantInnen gegenüber.

Wie das Beispiel landwirtschaftlicher Arbeit in Almeria zeigt (s. S. 3), ziehen Arbeitgeber in vielen Fällen die Arbeit illegalisierter MigrantInnen derjenigen anderer ArbeiterInnen vor, um die Produktionskosten möglichst niedrig zu halten. Als permanent von Abschiebung bedrohte Arbeitskräfte halten MigrantInnen mit ArbeiterInnen konkurrieren, die für ihre Rechte und bessere Bezahlung kämpfen oder ihre Jobs in anderen Produktionsbereichen, z. B. in der Bauindustrie, verloren haben (s. S. 4). Letztere verdingen sich auf Zeit in der Landwirtschaft und setzen so neue Migrationsprozesse innerhalb des Landes in Gang. Neue Formen der Mobilität auf dem Arbeitsmarkt scheinen daher eine Begleiterscheinung der ökonomischen Krise zu sein. Zunächst verlieren ArbeiterInnen ihren „geregelten“ Arbeitsplatz und arbeiten in „ungeregelten“ Verhältnissen für zum Teil äußerst geringe Löhne. Dann ziehen sie innerhalb ihres Heimatlandes um. Bestes Beispiel hier sind etwa frühere FabrikarbeiterInnen aus dem Norden Italiens, die sich auf den Weg in die „Grünen Fabriken“ im Süden des Landes machen. Schlussendlich ziehen ArbeiterInnen innerhalb des Schengengebietes umher, legal oder illegal, und vervielfältigen die bereits bestehende Fragmentierung und soziale Schichtung der Arbeiterschaft auf transnationaler Ebene.

In Folge der immer weiter ausdifferenzierten Formen von Aufenthaltsstatus und Arbeitserlaubnis – von undokumentierten MigrantInnen bis zu StaatsbürgerInnen, von Personen mit langfristigen Aufenthaltserlaubnissen bis zu den BürgerInnen der neuen EU-Mitgliedsländer – sowie der ökonomischen Krise tritt Arbeit immer mehr als informelles Verhältnis in Erscheinung und gleicht sich immer mehr den Formen migrantischer Arbeit an. Informalität beschreibt hier nicht nur das Vorhandensein oder den Mangel von Gesetzen zur Regelung des Arbeitsverhältnisses, d.h. den Abschluss eines Arbeitsvertrages oder dessen Fehlen. Informalität äußert sich vielmehr in der kompletten Degradierung des Beschäftigungsverhältnisses zu einem Machtverhältnis, zu einer oft individualisierten Konfrontation von Ausbeutungsstrategien auf der einen, und migrantischen Strategien des Widerstands gegen Ausbeutung auf der anderen Seite. Die verschiedenen Formen der Pflege- und häuslichen Arbeit, die von Migrantinnen ausgeübt werden (s. S. 4), sind sicher das aussagekräftigste Beispiel für die

Prekarisierung und Individualisierung informeller und migrantischer Arbeit.

Schaut man sich diese Prozesse der Mobilisierung und Informalisierung von Arbeit im Zeitalter der Krise an, so ist nicht zu übersehen, dass migrantische Arbeit die weitreichenden Veränderungen des Verständnisses von Arbeit vorwegnehmen. Gleichzeitig entsteht und vergrößert sich eine Kluft zwischen migrantischer Arbeit und ArbeitsmigrantInnen. Wir stehen hier einem Paradox gegenüber: Arbeit nimmt immer mehr migrantische Formen an, aber die zentrale Rolle von ArbeitsmigrantInnen auf dem aktuellen Arbeitsmarkt wird weiterhin nicht anerkannt. Migrantische Arbeit und die ihr eigenen Formen von Prekarisierung, Ausbeutung und Vereinsamung kennzeichnen mehr und mehr gegenwärtige Arbeitsverhältnisse, während die Bedeutung von MigrantInnen für die Arbeitswelt kontinuierlich heruntergespielt wird. Im Ergebnis werden MigrantInnen ins politische Abseits gedrängt, das für marginalisierte Teile der Arbeiterschaft reserviert ist. Im besten Falle werden MigrantInnen als Teil eines universellen und undifferenzierten Subjekts wahrgenommen, zumindest solange sie ihre speziellen Eigenschaften, wie etwa die sich ständig ändernden Anstellungsverhältnisse im produktiven oder reproduktiven Sektor, verleugnen.

Die derzeitige Krise wird in nahezu allen Ländern auf dem Rücken von MigrantInnen ausgetragen: Entlassungen, die Beschneidung von Sozialleistungen und zunehmend brutale und willkürliche Ausweisungen treffen sie mit besonderer Härte. Nationale Politiken scheinen die Oberhand zu gewinnen gegenüber der globalen Mobilität von MigrantInnen, d.h.

nationale Grenzen, die als Antwort auf die Krise wieder verstärkt werden, bringen Migrationsbewegungen massiv in die Defensive. Herrschaftsverhältnisse, die durch internationale Märkte und Vernetzungen produziert werden, sollen den einzig gültigen Maßstab für selektive Migrationen setzen. Der europäische Raum erscheint einzig und allein als die Summe nationaler Räume.

Uns scheint jedoch klar, dass keine ökonomische Analyse ausreichend hervorhebt, dass die gegenwärtige Krise vor allem ein Ausdruck des Kampfes ist um die inneren und äußeren Grenzen des globalen ökonomischen Systems. Es ist uns egal, wer die Profite der europäischen oder weltweiten Autoindustrie einstreicht. Wir wissen aber, dass wer auch immer die Profiteure sein mögen – sie sind auf die Arbeit tausender MigrantInnen angewiesen. Während die so genannten „Giftpapiere“ als gefürchtetes und gut verstecktes Grundübel des Finanzsystems gelten, werden MigrantInnen als der Virus angesehen, der die Krise der Disziplin und Ordnung des zeitgenössischen Kapitalismus' enthüllt. Die gegenwärtige Krise ist an erster Stelle eine Krise der öffentlichen Ordnung. MigrantInnen tauchen immer da auf, wo man sie nicht erwartet; ihre Bewegungen lassen sich weder dauerhaft einschränken noch dem ökonomischen Bedarf anpassen. Wir glauben, dass migrantische Arbeit nach wie vor entscheidende Veränderungen in den Arbeitsprozessen widerspiegelt – gegen die Wiederauferstehung nationaler Rechtssysteme und gegen die Beschränkungen globaler Bewegungsfreiheit. Und dass die globalen Migrationsbewegungen die "Unordnung" weiterhin weltweit verbreiten.

Von Calais über Lesbos nach Dikili: Noborder Camps on Tour



Ende Juni fand ein Nobordercamp in Calais statt, als ein gemeinsames Projekt von AktivistInnen und Unterstützungsgruppen aus Frankreich und England. Calais wurde aus zwei Gründen ausgewählt: es ist ein bedeutender Ort in der Geschichte, Entwicklung und Praxis der europäischen Migrationskontrolle, und seit langem ein zentrales Nadelöhr für alle, die nach Großbritannien wollen. Noch wichtiger ist aber, dass Calais den Kampf zwischen denen symbolisiert, die der Migration nach Europa ein Ende machen, und denen, die diese Barrieren zwischen den Menschen niederreißen wollen. Calais als Grenze, die die Bewegungsfreiheit für alle verhindert.

Vom 25. bis 31. August wird ein weiteres Noborder-Camp auf Lesbos stattfinden und folgt drei Zielsetzungen: Zum einen soll das Camp für einen transnationalen Austausch über die verschiedenen Widerstandserfahrungen gegen das EU-Grenzregime genutzt werden. Dazu werden nicht nur osteuropäische Bordermonitoring-Initiativen aus der Ukraine und Ungarn eingeladen, sondern auch Aktive aus der Türkei sowie aus der europäisch-afrikanischen Vernetzung: aus Marokko, Mauretanien und Mali. Zum Zweiten geht es um eine politische wie auch materielle Stärkung der lokalen Unterstützungsstrukturen für die auf Lesbos ankommenden Flüchtlinge und MigrantInnen. Die Gruppen vor Ort haben bereits Beachtliches geleistet. Als Drittes sind Protest- und Behinderungsaktionen gegen die griechische Küstenwache sowie gegen Frontex in Planung. Die "Jäger und Mörder der Boatpeople" zu denunzieren oder gar zu stören, ist und bleibt notwendiger Teil eines Kampfes um Bewegungsfreiheit und Bleiberechte.

Direkt nach dem Abbau des Lesbos-Camps soll nur wenige km entfernt auf der anderen Seite der Ägäis ein drittes Camp stattfinden: in Dikili in der Türkei, wo schon im vergangenen Jahr ein kleines Camp organisiert wurde.

Weitere Infos unter: www.lesvos09.antira.info

Wilde Erdbeeren: ImmigrantInnen und die Krise in Almeria

Almeria ist zu einem Schauplatz der Trostlosigkeit geworden. ImmigrantInnen ziehen von Ort zu Ort, von Roquetas nach El Ejido, von La Mojonera nach Las Norias und so weiter. Es gibt keine Arbeit für sie. Zumindest nicht für jene unter ihnen, die Papiere haben. Die Zahl der Opfer des Immobiliencrash ist inzwischen nicht mehr zu bestimmen. Versuchen sie so wie früher, Arbeit in der Landwirtschaft zu finden, stoßen sie auf Schwierigkeiten: Ausländer mit offiziellem Aufenthaltstitel sind teuer. Die Farmer ziehen ihnen ArbeiterInnen ohne Papiere vor, die kein Spanisch sprechen und sich nicht gegen schlechte Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen. In der Verpackungsindustrie trifft es Frauen aus dem Ausland, die dort seit vielen Jahren gearbeitet haben und denen nun auf einmal der Arbeitsplatz verweigert wird. Der Beginn der Erntesaison, die in diesen Tagen zu Ende geht, war besonders hart für sie. Frauen verloren Ansprüche, die sie sich in langfristig bestehenden Arbeitsverhältnissen erarbeitet hatten. Sie sind auf der Strecke geblieben, weil sie nicht wussten, wann sie ein Gericht hätten einschalten müssen.

Anna Mendy hat seit 2002 in Costa de Almeria gearbeitet, inzwischen lebt sie in La Mojonera. 2007 war sie schwanger und hatte eine schwere Geburt. Als sie nach dem Ende des Mutterschaftsurlaubs an ihren Arbeitsplatz zurückkehren wollte, teilte ihr der Arbeitgeber mit, dass zur Zeit kein Bedarf nach Arbeitskräften bestehe. Anna Mendy sah nicht ein, um Wiedereinstellung zu betteln, zumal sie auch beobachtete, dass die sie vertretende Kollegin weiterhin für die Firma arbeitete. Stattdessen wandte sie sich Ende des Jahres 2008 an die Gewerkschaft der LandarbeiterInnen SOC (Sindicato de Obreros del Campo y del Medio Rural), welche die Arbeitsschutzbehörde auf den Fall aufmerksam machte. Da keine gütliche Einigung zwischen beiden Seiten erzielt werden konnte, landete der Fall schließlich vor dem Arbeitsgericht. Anna gewann den Prozess. Die Geschäftsstelle der SOC betreut jeden Tag Menschen wie Anna, Menschen mit langjährigen Anstellungen in den Treibhäusern, die grundlos und entgegen aller arbeitsrechtlichen Standards entlassen werden.

Im Allgemeinen muss man feststellen, dass der fremdenfeindliche Diskurs die Köpfe normaler spanischer BürgerInnen erfasst hat: „die ImmigrantInnen sind für diese Krise verantwortlich“. Angeführt von der Präfektur, machen die örtlichen Behörden dies jeden Tag durch ihre Aktionen deutlich: Aufenthalts- und Arbeiterlaubnisse werden einfach nicht verlängert, wenn die InhaberInnen nicht ausreichend Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben. Letztlich bedeutet das, dass ArbeiterInnen, die drei oder vier Jahre lang Sozialbeiträge gezahlt haben, von heute auf morgen zu illegalisierten Ausländern werden. Polizeikräfte sind ständig an der zentralen Busstation postiert und kontrollieren Menschen, die nicht wie Einheimische aussehen. Entsprechend den

Leitsätzen Europäischer Politik hat die Ausweisung von Ausländern ohne Papiere oberste Priorität und setzt sogar nationale Gesetze außer Kraft.

Von dieser Brutalität gedeckt, setzt Polizeigewalt grundlegende Menschenrechte außer Kraft. Wie sonst lässt sich erklären, dass Flüchtlinge, die vor Hunger fliehen, verhaftet, misshandelt, in Gefängnisse gesteckt und abgeschoben werden, ohne je vor ein Gericht gestellt zu werden oder einen Anwalt konsultieren zu können? Wie sonst soll man erklären, dass TreibhausarbeiterInnen mit dem geringsten Status, die in Unterkünften aus Pappe und Plastik, ohne fließendes Wasser und ohne Strom leben, permanent von der Guardia Civil schikaniert werden?

Im Ergebnis der Krise ist es zudem sehr schwer geworden, grundlegende ökonomische Rechte durchzusetzen. Menschen, die normalerweise Anspruch auf vier Monate Arbeitslosengeld haben, erhalten plötzlich nur noch für drei Monate Unterstützung. Zwischen April und Mai machten Nachrichten von mysteriösen Todesfällen in der marokkanischen Community in der Umgebung von El Ejido die Runde. Vier Menschen waren entweder erschossen oder in den Feldern erhängt worden. Wie in vielen ähnlichen Fällen der letzten Jahre, werden die Untersuchungen zu nichts führen ...

Die Rückkehr der einheimischen spanischen LandarbeiterInnen führt in einigen Gegenden von Andalusien zu Problemen. Während der Olivenernte in Jaen zum Beispiel sahen sich ImmigrantInnen, die dort seit mehreren Jahren bei der Ernte arbeiteten, den "Herren des Landes" gegenüber, die höhere Löhne für ihre Arbeit forderten. Bei Antequera in der Nähe von Malaga wäre es beinahe zu Handgreiflichkeiten gekommen.

In Huelva hatten die ImmigrantInnen, die dort in großer Zahl nach Jobs suchten, keine Chance auf Arbeit. Denn die Arbeitgeber hatten gezielt ArbeiterInnen aus Marokko und dem Senegal angeworben. Damit wurde die Konfusion unter Einheimischen und illegalisierten ImmigrantInnen noch weiter angeheizt.

Die Menschen sehen der kommenden Erntezeit in Almeria gespannt entgegen, doch viele von ihnen, selbst die größten Optimisten unter ihnen, haben zunehmend Angst vor den Auswirkungen der globalen ökonomischen Krise.

Spitou Mendy – Gewerkschaftsmitglied, SOC Almeria



Crisis as usual: Migration in und aus Privathaushalten

Der Haushalt ist weltweit einer der wichtigsten Arbeitsplätze für Migrantinnen geworden. Es gibt verschiedene Arten der Pflegearbeit: Reinigung und Babysitten auf Stundenbasis, als Kindermädchen auf Tagesbasis arbeiten oder bei alten oder gebrechlichen Personen wohnen, um diese in allen Bereichen des täglichen Lebens zu unterstützen. Auch wenn es in einigen Ländern legale Zugangsmöglichkeiten gibt, stützt sich dieser Bereich des Arbeitsmarktes größtenteils auf informell migrierende ArbeiterInnen, die, um die Migrationspolitik zu umgehen, Netzwerke für die Organisation ihrer Aktivitäten nutzen. Viele dieser Hausarbeits-MigrantInnen unterstützen ihre Familien in den Herkunftsländern finanziell durch Überweisungen.

Bezahlte Hausarbeit entspricht einer spezifisch geschlechtlichen Arbeitsteilung: Die Pflegearbeit wird an Migrantinnen delegiert, um so das Problem zu bewältigen, Job, Familie und Haushalt miteinander zu vereinbaren. So sind Nicht-Migrantinnen nur dann in der Lage, sich selbst von der reproduktiven und Haushalts-Arbeit zu befreien, wenn andere Frauen gegen Bezahlung diese Dienstleistung erbringen. Hausarbeit wird also nicht nur 'ethnisiert': Migrantinnen, die fuer die Ausübung als weiblich geltender Aktivitäten vorgesehen sind, wird auch ein spezifisches Geschlecht zugewiesen. Dies führt zur Entstehung von zwei antagonistischen Stereotypen: das der emanzipierten, modernen Frau, die im öffentlichen Raum arbeitet, und das der subalternen, traditionellen Migrantin, die an das Haus gefesselt ist.

Doch mit der Krise ist selbst diese stereotypisierte Beziehung von bedeutsamen Änderungen betroffen. Auf der einen Seite könnten Nicht-Migrantinnen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, dadurch gezwungen sein, in den Haushalt zurückzukehren; die Reduzierung des Familieneinkommens könnte eine Anstellung migrantischer Hausarbeiterinnen verhindern. Auf der anderen Seite stellt bezahlte Hausarbeit, auch für Nichtmigrantinnen, wieder eine Beschäftigungsmöglichkeit dar. Die Krise zwingt alle Frauen, Migrantinnen und Nicht-Migrantinnen, in der einen oder

anderen Weise, stetig in und aus der häuslichen Sphäre zu migrieren. In vielerlei Hinsicht ist dies für Frauen eine ganz normale Krise: Es gibt keine klare Unterscheidung zwischen dem 'Innen' und 'Aussen' eines Arbeitsmarktes, der sich auf eine viel massivere Weise gewaltsam auf Privathaushalte ausdehnt. Gleichzeitig ist klar, dass die Krise ein weiteres Mal die Beziehung zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit definieren wird.

Zudem wird die Krise das Lohnniveau weiter senken. Den Bedarf an weiblichen Arbeitskräften für Dienstleistungen im Haushalt senkt sie jedoch nicht. Doch der größtenteils informelle Charakter der haushaltlichen Arbeitsbeziehung macht Lohn- und Arbeitsstundenverhandlungen sehr viel schwieriger, da selten Verträge gemacht und sie einer Machtbeziehung überlassen sind. In Anbetracht der mit der Krise zunehmenden Angreifbarkeit von Migrantinnen – Rassismus, Kriminalisierung und Illegalisierung von MigrantInnen sind direkte Konsequenzen – werden sie noch leichter erpressbar sein als vorher. Mit anderen Worten wird die Senkung der Angestelltenlöhne indirekt Auswirkungen auf die Hausarbeiterinnenlöhne haben; die Auswirkungen dieses Trends müssen auch auf transnationaler Ebene betrachtet werden, wenn die große Bedeutung von Überweisungen in Heimatländer berücksichtigt wird.

Trotz all dieser Probleme gibt es einige wichtige Beispiele der Hausarbeiterinnen-Organisation; sie wollen sich und ihre Arbeit sichtbar machen und für angemessene Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen: beispielsweise 'Kalayaan' in London, 'Respect' in Berlin und viele andere. Angesichts der Krise steht die Möglichkeit einer Verbesserung und Vervielfachung dieser Organisationsprozesse auf dem Spiel, denn der derzeitige Prozess berührt nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern auch die geschlechtliche Arbeitsteilung auf transnationaler Ebene. Die Frage ist: Wie gibt die Krise vor, Frauen in und ausserhalb der Privathaushalte neu zu positionieren?

Im (Auf)Bau: Krise, migrantische Arbeit und neue Organisationsprozesse im Bausektor

Es ist wohlbekannt, dass der Bausektor stark von der ökonomischen Krise betroffen ist. Vor allem osteuropäische Bauarbeiter sind auf Baustellen überall in Europa beschäftigt, sie verlieren nun als erstes ihre Jobs und scheinen ihre „Gastländer“ verlassen zu müssen. Doch die Situation stellt sich faktisch viel komplexer dar.

Es ist richtig, dass der Bausektor in Spanien, der in den letzten Jahren boomte und wo tausende von Wanderarbeitern aus Rumänien und der Ukraine arbeiten, in Folge der Krise regelrecht kollabierte. Offensichtlich sind viele rumänische Arbeiter zurückgegangen, doch auch weil die Krise im Herkunftsland noch stärkere Auswirkungen hat, sind auch einige geblieben. Zum Teil versuchen sie, andere Jobs zu finden, z.B. in der Landwirtschaft, und dementsprechend wächst die Konkurrenz in diesem Bereich sehr, die Löhne sind in dieser Saison noch weiter gefallen (Erntearbeit wird sowieso schlecht bezahlt, siehe auch den Text zu Almeria). „Abwarten“ ist jedenfalls die Haupttendenz unter migrantischen Arbeitern z.B. aus der Ukraine, die nicht nur in Spanien, sondern auch in

Tschechien oder Russland stark betroffen sind, wo sie ebenfalls die meisten Arbeitskräfte im Bausektor stellen. Und im Gegensatz zu Wanderarbeitern aus Polen oder Rumänien unterliegen ukrainische Staatsangehörige strengen Visa-Regelungen. Sie können nicht frei hin- und herpendeln wie die Bürger der neuen EU-Mitgliedsstaaten, und deshalb ist die Ausreise aus „Schengenland“ oft keine Option. Stattdessen bleiben sie in der EU, versuchen mit Hilfe ihrer Communities und vom Ersparten zu (über)leben und auf neue Möglichkeiten zu setzen.

Ein paar mehr Eindrücke aus Norwegen und Deutschland können das komplexe Bild weiter unterfüttern. In beiden Ländern leidet der Bausektor ebenfalls unter der Krise, allerdings haben die westeuropäischen Regierungen Konjunkturprogramme gestartet, die auch den Baubereich berühren, z.B. durch Renovierungen von öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Universitäten... Diese staatlichen Interventionen kompensieren teilweise den Ausfall der privaten Investitionen, Bauarbeiter sind deshalb nach wie vor gefragt. In Norwegen sind auch osteuropäische Wanderarbeiter

zurückgegangen, vor allem diejenigen, die noch nicht lange da waren und noch keine Familien haben. Doch dafür sind neue nachgekommen, z.B. aus Irland oder Grossbritannien, wo ihre Situation noch schlechter ist, nicht nur ökonomisch. „Britische Jobs für britische Arbeiter“ tauchte als Slogan in UK auf, zum Teil initiiert von protektionistischen Gewerkschaften und nationalistischen Gruppen, um Kampagnen in Gang zu bringen, in denen MigrantInnen zu Sündenböcken für die Krise werden. Doch es gibt auch andere Beispiele, und gucken wir uns dafür nochmal den Baubereich in Norwegen an. Bereits 2004 hat in Oslo die Gewerkschaft „Bygningsarbeiderforening“ einen wegweisenden Beschluss gefällt. Sie hatten ausdrücklich festgestellt, dass sie keine Gewerkschaft für norwegische Arbeiter sind, sondern für Arbeiter, die in Norwegen arbeiten. Seitdem wurden Verbindungen zu und mit Menschen aufgebaut, die polnisch, russisch, litauisch, lettisch, bosnisch-kroatisch-serbisch, rumänisch und moldawisch, deutsch, bulgarisch und slowakisch sprechen. Das ist entscheidend, weil es in einer fremden Gesellschaft wichtig ist, jemanden in der eigenen Sprache als Kontaktperson zu haben. Entsprechend enthalten die Zeitungen der Gewerkschaft auch Texte in

polnisch, litauisch, lettisch, slowakisch und serbo-kroatisch – anstatt getrennte Infobroschüren für die auswärtigen Mitglieder zu machen. In der Gewerkschaft wird versucht, alle sog. „natürlichen“ Trennungen zu vermeiden und stattdessen eine gemeinsame Plattform der norwegischen und migrantischen Arbeiter aufzubauen, auch bezogen auf politische Forderungen und Kampagnen. Eine Menge Energie wurde in Informationsarbeit gesteckt, um die Wanderarbeiter über ihre Rechte als Arbeiter in Norwegen aufzuklären. Und die migrantischen Arbeiter haben es schnell aufgegriffen: tausende haben sich in der Gewerkschaft organisiert und mehr als ein Drittel der Mitglieder von Bygningsarbeiderforening in Oslo sind mittlerweile polnischer Herkunft.

Das ist sicher eines der positivsten Beispiele in ganz Europa, aber es hält doch die Vorstellung lebendig, dass „eine andere ArbeiterInnen-Bewegung möglich ist“. Und das ist in Krisenzeiten von besonderer Bedeutung!

Mehr Informationen zur genannten Gewerkschaft in Oslo: www.constructionworker.no

“Weisst Du was? Naechstes Jahr gehe ich nach Amerika!”

MigrantInnen und die Krise im Automechanik-Sektor: Der Fall des Suzzara-Bezirks (Mantua – Italien)

Die Krise wirkt hier sehr, sogar im suedlichen Bezirk der Stadt Mantua, ursprünglich eine landwirtschaftliche Region in der Mitte des Po-Beckens, wo sich nach dem 2. Weltkrieg ein wichtiger industrieller Bezirk entwickelt hat. Der Automechanik-Sektor, der von 'Iveco'-Fabrik (FIAT) angeführt wird, hat in den letzten 10 Jahren Tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen, sowohl durch die Eröffnung neuer als auch durch die Vergrößerung bereits existierender Anlagen.

Auf der einen Seite trifft die Krise alle möglichen Arbeitsbereiche innerhalb der Firmen, auf der anderen Seite sind es MigrantInnen, die als erstes von Kündigungsmassnahmen, 'cassa integrazione', betroffen sind: "Wir sind 45 Leute, die arbeitslos geworden sind, 35 MigrantInnen, wir haben alle unbefristete Verträge". Noch schlimmer ist, dass fast alle befristeten Verträge – größtenteils mit Zeitarbeitsfirmen – nicht verlängert werden. Die Tatsache, dass hauptsächlich MigrantInnen (oder ArbeiterInnen aus dem Süden Italiens) von diesen Verträgen betroffen sind, scheint deutlich zu machen, dass es MigrantInnen sind, die die HilfsarbeiterInnen-Positionen in der Arbeitshierarchie inne haben. Mit anderen Worten schafft die große Fabrik eine starke Arbeitsteilung als solche, dank der Verknüpfung von Arbeitsvertrag und Aufenthaltserlaubnis, die mit dem 'Bossi-Fini Gesetz' eingeführt wurde, und dank der Rolle von Zeitarbeitsfirmen: "Die Bosse haben uns gesagt, dass sie unsere Verträge verlängern würden, wenn wir Nachtschichten und Überstunden akzeptieren. Doch das glaube ich wohl kaum, wo doch so viele Kollegen gefeuert wurden". Die Notwendigkeit, für eine Aufenthaltserlaubnis einen Job haben zu müssen, wurde mit dem Ziel der Optimierung verfügbarer Arbeitskräfte, wann immer erforderlich, ausgenutzt. Im Gegensatz dazu wurden im Zuge der Krise Arbeiter aus der Fabrik entfernt, entweder durch Entlassung oder ihr Arbeitsvertrag lief aus, auch ohne formell gefeuert worden zu sein.

MigrantInnen, die gewerkschaftlich organisiert und in der RSU (Arbeitervertretung in den Fabriken) aktiv sind, sagen deutlich, dass in dieser Krise die Gewerkschaft die Arbeiter mit

unbefristeten Verträgen 'schützt', ohne zu berücksichtigen, dass die derzeitige Arbeitsorganisation auf einer Hierarchisierung der Arbeitskräfte und auf der Anstellung von ZeitarbeiterInnen, je nach Produktionsbedarf, beruht. Die Logik der Spaltung, die aus den Worten einiger MigrantInnen herauszuhören ist ('Ich weiß nicht, warum sie neuen Leuten erlauben, nach Italien zu kommen, wenn wir nicht genug Arbeit haben'), wird durch die Gewerkschaften selbst genährt, insofern als dass sie zur Zersplitterung und Isolation jener ArbeiterInnen in der RSU beitragen, die versuchen, eine Gewerkschaft zu verändern, die sich mehr und mehr von der Realität der ArbeiterInnenorganisation entfernt.

Wenn man die subjektiven Antworten von MigrantInnen auf die Krise betrachtet, so ziehen einige von ihnen weiter in andere Länder. "Nach Amerika gehen", die Illusion einer glückverheißenden Migration ist mit der Krise eines scheinbar stabilisierten Migrationsprojekts wieder da. Dennoch verliert der amerikanische Mythos an Reiz angesichts der selektiven Entlassungen, des institutionalisierten Rassismus und vor allem angesichts der vielen Dinge, die bereits von den in Suzzara lebenden MigrantInnen erreicht worden sind. Tatsächlich hat ein Viertel der in dieser Gegend lebenden MigrantInnen ein Haus gekauft; derzeit zahlen sie ihre Hypotheken ab, ihre Kinder gehen zur Schule. Diese Gegend ist die Bühne einer Familienimmigration; ihre Protagonisten sind stark verwurzelt und bereit, ihre Rechte zurückzugewinnen. Wenn die Regierung mit dem Bossi-Fini-Gesetz auch versucht, zur Verfügung stehende Arbeitskräfte lediglich entsprechend dem Produktionsbedarf zuzulassen, so wollen MigrantInnen tatsächlich einfach nur bleiben. Vor einigen Monaten erst ist in Suzzara eine autonome MigrantInnenkoordination entstanden. In kurzer Zeit hat die Koordination zweihundert MigrantInnen mobilisiert, die am 23. Mai im Rahmen der Kampagne 'Take a side' (www.dachepartestare.org) an einer landesweiten antirassistischen MigrantInnendemonstration in Mailand teilgenommen haben. Auf die Politik der Kriminalisierung und Vertreibung von MigrantInnen, die von der Regierung verordnet wurde, um der Krise zu begegnen, auf das sogenannte 'paccetto Sicurezza' (Sicherheitsgesetz), das gerade erst vom italienischen Parlament beschlossen wurde, sind MigrantInnen bereit zu antworten: Hier sind wir, hier bleiben wir, hier kämpfen wir!